

GEMEINSAME ERKLÄRUNG
GEGEN
AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

der im Stadtrat vertretenen Parteien
SPD, CSU, FDP und DIE GRÜNEN
sowie des
AUSLÄNDERBEIRATES DER STADT FÜRTH

GEMEINSAME ERKLÄRUNG GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

Viele Haushalte finden in letzter Zeit Flugblätter in den Briefkästen:

- Erst Deutschland - dann Europa!
Scheinasylanten raus, Asylrecht stoppen,
keine Überfremdung, Deutschland den Deutschen,
damit wir Zukunft haben - .

An verschiedenen Orten in der Bundesrepublik haben sich Gruppen und Parteien gebildet, zu deren Zielen eine "Ausländer-raus-Politik" gehört.

Sie sagen:

Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben!

Wir, die im Stadtrat der Stadt Fürth vertretenen Parteien, S P D, C S U, F D P, D I E G R Ö N E N und der A U S L Ä N D E R B E I R A T DER STADT FÜRTH wenden uns mit dieser gemeinsamen Erklärung gegen alle Versuche, in der Bundesrepublik eine ausländerfeindliche Stimmung zu erzeugen:

Wir setzen uns für ein freundschaftliches M i t e i n a n d e r aller in Fürth lebenden Menschen ein.

LIEGEN UNS DIE AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER AUF DER TASCHE?

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger zahlen wie Deutsche Steuern, Beiträge zur Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung. Ohne Beiträge der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zumeist in jüngerem Alter hergekommen sind, stünde unsere Rentenversicherung auf höchst wackligen Füßen.

Asylbewerberinnen und Asylbewerber können keine Beiträge zahlen, weil sie einem Arbeitsverbot unterliegen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist exportabhängig. Wir exportieren mehr Waren, als wir importieren. Fürth als Industriestadt, deren wirtschaftliches Leben von den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mitgestaltet wird, kann sich Nationalismus, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit nicht leisten.

WERDEN WIR "UNTERWANDERT"?

In Flugblättern und öffentlichen Stellungnahmen heißt es immer wieder, das deutsche Volk werde durch den Zuzug von Millionen Ausländerinnen und Ausländern unterwandert.

Aber ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben uns nicht unterwandert. Sie sind im Interesse der Wirtschaft und mit Zustimmung aller angeworben worden. Sie haben ihre Familien legal in die Bundesrepublik nachgeholt. Dies geschah auch aufgrund von Verträgen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den jeweiligen Anwerbeländern. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger haben viel zum Wohlstand der Bundesrepublik beigetragen.

In der Bundesrepublik leben nach der Volkszählung 61 Millionen Menschen, davon sind 4,1 Millionen Nichtdeutsche. Dies sind 6,8% der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

In Fürth leben 13.875 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger (Flüchtlinge, Arbeitnehmer/innen, Student/innen, Selbständige u.a.). Das sind 14,0 % der Bevölkerung Fürths. Allein schon diese Zahlen verbieten es, von einer Unterwanderung zu sprechen.

WERDEN WIR "OBERFREMDET"?

Alle Völker, auch das deutsche Volk, sind in einer langen Geschichte zu dem geworden, was sie heute sind. Im Laufe der Geschichte haben sie die verschiedensten ethnischen und kulturellen Einflüsse in sich aufgenommen und sich dabei selbst verändert. Dieser Prozeß setzt sich fort, solange ein Volk lebendig bleibt. Wem ist heute noch bekannt, daß das deutsche Volkslied "Kein schöner Land" italienischer Herkunft ist? Die deutsche Marsch- und Blasmusik wurde den Türken abgeschaut, den Kaffee brachten sie ebenfalls. Kartoffeln und Tomaten sind Produkte Amerikas, das Gulasch hat seinen Ursprung in Ungarn, die Zwiebel kam aus Asien. Auch große Dichter/innen und Philosoph/innen haben ausländische Vorfahren, z.B. Goethe orientalischer, Kant schottischer Herkunft.

Das Zusammenleben verschiedener Kulturen hat in der Vergangenheit unseren Horizont erweitert und zu unserer Entwicklung beigetragen. Auch heute werden wir durch die Zuwanderung von Fremden nicht ärmer, sondern erhalten kulturelle Anregungen.

Aufgrund der kulturellen Vielfalt ist es verhängnisvoll, nationale Ängste heraufzubeschwören und Feindseligkeiten zu schüren, was unser Volk in diesem Jahrhundert bereits einmal ins Verderben gestürzt hat.

"SCHEINASYLANT/INNEN" RAUS?

Die große Mehrzahl der Flüchtlinge hat triftige Gründe, um in die Bundesrepublik zu kommen. Das Weltflüchtlingsproblem trifft nur zu einem geringen Teil Deutschland und Europa. Betroffen sind vor allem die Dritte-Welt-Länder. Die Flüchtlinge fliehen vor existenzbedrohenden Verfolgungen und Krisen. Aber im Asylverfahren sind Krieg, Bürgerkrieg, selbst Folter keine Gründe, um als asylberechtigt anerkannt zu werden. Auch unstrittig politisch Verfolgte, die bei der Flucht ein Drittland berühren, sind nach dem Willen des Gesetzgebers nicht ohne weiteres asylberechtigt.

Nach Art. 16 GG werden in der Bundesrepublik nur diejenigen als Asylberechtigte anerkannt, die persönlich politische Verfolgungen erlitten. Nach unserem Grundgesetz sind wir verpflichtet, die menschliche Würde zu achten und Leben zu schützen.

Deshalb dürfen auch abgelehnte Flüchtlinge nicht in Kriegs- und Krisengebiete abgeschoben werden, in denen sie gefährdet sind. Die Innenminister der Länder sind zu dem Ergebnis gekommen, daß bei fast zwei Dritteln aller abgelehnten Asylsuchenden rechtliche, politische oder humanitäre Gründe einer Abschiebung im Wege stehen. Diese Flüchtlinge dürfen nicht diffamiert werden.

**Wir, die im Stadtrat der Stadt Fürth vertretenen Parteien:
SPD, CSU, FDP, DIE GRÜNEN und der
AUSLÄNDERBEIRAT DER STADT FÜRTH
treten jeder neu erwachenden Ausländerfeindlichkeit
und jedem neuen Rassismus entschieden entgegen.**

JEDERMANN IST ZUR MITARBEIT AUFGERUFEN.

Herausgegeben von:

SPD, CSU, FDP, DIE GRÜNEN und dem AUSLÄNDERBEIRAT
DER STADT FÜRTH:

Nachdruck gern gestattet. Weitere Exemplare können angefordert werden bei den unterzeichneten Parteien und beim Ausländerbeirat der Stadt Fürth, Hirschenstr. 27.